

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Gugler

Schulöffnungen und COVID-19-Entspannung

Bis zur ersten Septemberwoche wurden in Pakistan rund 300.000 Infektionen mit dem Coronavirus offiziell registriert, mindestens 6355 Menschen verstarben. Insgesamt wurden bislang 2,6 Millionen Tests durchgeführt. Der Höhepunkt der Epidemie war im Monat Juni mit rund 141.000 bestätigten Neuinfektionen. Im Verlaufe des Juli (rund 66.000 Neuinfektionen) sanken die bestätigten täglichen Neuinfektionen von 4339 (01.07.) auf 841 (31.07.). Im August wurden insgesamt rund 17.000 Neuinfektionen registriert.

Im Juni wurde Oppositionsführer Shehbaz Sharif (PML-N) positiv getestet und Anfang Juli Außenminister Shah Mehmood Qureshi. Am 28. Juli erklärte die Provinz Pandschab einen weiteren einwöchigen, smarten, tageweise geltenden Lockdown über die Opferfest-Feiertage (Eid al-Adha). Der landesweite Lockdown war bereits im Mai aufgehoben worden.

Ab 15. September öffnen die Universitäten erstmalig nach knapp einem halben Jahr, ebenso die Schulklassen 9 bis 12. Am 23. September folgen die Schulklassen 6 bis 8 und am 30. September die Grundschulen. Alle Klassenstärken sollen halbiert werden, nur die Hälfte der Schüler pro Tag erscheinen (die andere Hälfte am Folgetag). In Bildungseinrichtungen besteht Mund-Nasen-Schutzpflicht.

Corona-Spionage und App-Politik

Der militärische Geheimdienst ISI (*Inter-Services Intelligence*) unterstützt die Kontaktverfolgung von Infizierten. Dabei kommt eine *Geofencing*-Technologie zum Einsatz, die zur Bewegungsverfolgung von Terroristen Verwendung findet. Internetnutzer/-innen wurden aufgefordert, bis Ende Juli ihre VPNs (*Virtual Private Network*) zu registrieren, was dem ISI Zugang zu zuvor versteckten Internetnutzungsdaten sichern würde. Datenschützer sehen die Zusammenarbeit von Geheimdienst und Gesundheitsamt mit gemischten Gefühlen. Im Juni startete Pakistans Corona-App mit dem Namen *COVID-19 Gov PK*, die allerdings keine Kontaktverfolgungsfunktion hat, sondern lediglich über COVID-19 informiert und regelmäßig zum Händewaschen auffordert.

Seit dem 20. Juni gibt es keine Restriktionen mehr für internationale Flüge nach Pakistan. Verpflichtend ist eine 14-tägige Quarantäne, und die Regierung rät vom Transport Verstorbener zur Bestattung in Pakistan ab. Einreisende nach Pakistan müssen aktuell nach Angaben des Auswärtigen Amtes und der pakistanischen Botschaft über die Corona-App *PakPass* auf ihren Smartphones registriert sein. Die App überwacht die Einhaltung der obligatorischen Quarantäne und sendet permanent online Geodaten an pakistanische Behörden. Das Handy darf nicht abgeschaltet werden oder offline gehen. Allerdings scheint die App momentan nicht verfügbar.

Am 1. September wurden fünf Dating-Apps als unmoralisch verboten und blockiert: *Tinder*, *Grindr*, *Tagged*, *Skout* und *SayHi*. Im Juli wurde TikTok letztmalig verwarnet, unmoralische Inhalte zu löschen. YouTube wurde im August ebenfalls abgemahnt. Bereits am 1. Juli war das bei Jugendlichen sehr beliebte Mehrspieler-Ballerspiel PUBG (*Player Unknown's Battlegrounds*) als Zeitverschwendung blockiert. In Indien wurde PUBG nach Grenzstreitigkeiten mit China am 2. September ebenfalls verboten – zusammen mit 117 anderen chinesischen Apps.

Mufti Naeem verstorben

Der bekannte Deobandi-Prediger Mufti Muhammad Naeem verstarb am 20. Juni im Alter von 62 Jahren in Karatschi. Deobandi ist eine Bewegung zur Wiederbelebung des Islam. Er leitete bis zuletzt das Bildungsinstitut *Jamia Binoria al-Alamia*, das er 1978 gründete und nun von seinem Sohn Noman weitergeführt wird. Die *Jamia Binoria*-Universität hatte bis zum 11. September 2001 die höchste Anzahl an ausländischen Studierenden in Pakistan. Mufti Naeem sprach sich 2007 gegen Selbstmordanschläge aus und galt als federführend für die Fatwa *Paigham-e Pakistan* 2016, die die Anstrengungen der Regierung im Kampf gegen den Terror als islamkonform bezeichnete. Nach Aussagen seiner Familie verstarb Mufti Naeem infolge eines Herzinfarktes. Der Ministerpräsident Sindhs hingegen erklärte im Parlament, er verstarb an COVID-19 – wie mittlerweile auch der schiitische Gelehrte Talib Jauhari (21. Juni) und Munawar Hasan (26. Juni), von 2009 bis 2014 Emir der radikalislamischen Partei *Jamaat-e Islami*.

Karatschi nach Monsun-Hochwasser

Im August registrierte Karatschi die massivsten Regenfälle in einem August seit Beginn der meteorologischen Aufzeichnungen 1931. Große Teile der Hafenstadt waren überschwemmt, viele mussten zeitweise in Notunterkünften untergebracht werden. Zusätzlich zum Hochwasser wurden die Bewohner/-innen der Stadt durch Stromausfälle, umgefallene Mobilfunkmasten und Benzinmangel herausgefordert. In der Hafenstadt kamen 47 Menschen durch Ertrinken, Stromschläge, Dacheinstürze oder Blitzschläge ums Leben, 33 weitere in der restlichen Provinz Sindh. Landesweit sind 134 Personen durch regenbedingte Unglücksfälle umgekommen. Anfang September beschlossen Zentral- und Landesregierung 1,1 Billionen Rupien (5,6 Milliarden Euro) in Karatschis Entwicklung in den kommenden drei Jahren zu investieren, vor allem in die Wasserversorgung und Entwässerung sowie in neue Busspuren.

Problempiloten

Nach dem Flugzeugabsturz in Karatschi am 22. Mai wurde bei der Aufarbeitung öffentlich, dass die Piloten über keine reguläre Flugausbildung verfügten. Sie unterhielten sich über das Coronavirus und ignorierten die Anweisungen der Flugverkehrskontrolle. Pakistans Luftfahrtminister Ghulam Sarwar Khan räumte im Parlament ein, dass knapp 30 Prozent aller Piloten in Pakistan gefälschte Lizenzen nutzten, etwa 40 Prozent der Pilotenlizenzen seien zweifelhaft. In Pakistan wurde die Flugerlaubnis von 262 Piloten auf Eis gelegt, die nachweislich ihre Flugprüfung durch einen bezahlten Stellvertreter absolvieren ließen (von insgesamt 860 aktiven Piloten). Ende Juni hob Vietnam die Flugerlaubnis für pakistanische Piloten bei vietnamesischen Fluglinien auf. Ab 1. Juli setzte die Europäische Agentur für Flugsicherheit alle Einfluggenehmigungen der Fluglinie PIA (*Pakistan International Airlines*) für mindestens sechs Monate aus. PIA darf den europäischen Luftraum bis Ende des Jahres nicht mehr nutzen. Am 2. Juli untersagten auch die USA der PIA die Durchführung von Charterflügen. Den kommerziellen Flugverkehr in die USA stoppte PIA bereits 2017. Mitte Juli stufte die US-Luftverkehrsbehörde Pakistan im Sicherheitsranking herab. Vorerst dürfen pakistanische Fluglinien die USA nicht mehr anfliegen. Gegenwärtig bietet keine Fluglinie reguläre Direktflüge zwischen den USA und Pakistan an. Der Direktor der *Shaheen Air International* wurde Mitte Juli wegen Veruntreuung von Geldern festgenommen.

Wirtschaftswachstum dank Rücküberweisungen

Ende Juni erhöhte die Regierung die Benzinpreise deutlich um 26 bis 66 Prozent wegen Lieferengpässen. Der illegale Export von Benzin nach Afghanistan wurde strenger kontrolliert. Premierminister Khan berichtete für Juli einen Wirtschaftsüberschuss von 424 Millionen US-Dollar. Im Vorjahresmonat stand noch ein Defizit von über 600 Millionen zu Buche. Vor allem die Rücküberweisungen brachen Rekorde und die Exporte waren ebenfalls deutlich gestiegen (20 Prozent mehr als im Juni).

Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant(inn)en nach Pakistan stiegen im Juni um 51 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat auf ein Rekordhoch von 2,46 Milliarden US-Dollar. Spitzenreiter im Juni waren Rücküberweisungen aus Saudi-Arabien (619 Millionen), USA (452), Vereinigte Arabische Emirate (VAE, 432) und dem Vereinigten Königreich (401). Im Finanzjahr 2020 (Juli 2019 bis Juni 2020) wurden insgesamt 23,12 Milliarden Dollar privat nach Pakistan rücküberwiesen, 6,4 Prozent mehr als im Vorjahr (21,74 Milliarden). Spitzenreiter war auch hier Saudi-Arabien mit 5,43 Milliarden. Im Juli 2020, dem ersten Monat des Finanzjahres 2021, stiegen die Rücküberweisungen weiter auf ein neues Allzeithoch von 2,77 Milliarden US-Dollar.

Anschlag auf Börse

Am 29. Juni versuchten vier Angreifer einen Anschlag mit Handgranaten und automatischen Schusswaffen auf die Börse in Karatschi. Vier Wachmänner kamen ums Leben, ebenso alle vier Angreifer, die mutmaßlich zur Befreiungsarmee Belutschistan (*Baloch Liberation Army*, BLA) gehörten. Pakistans Außenminister beschuldigte den indischen Geheimdienst als Drahtzieher.

FATF

Pakistan erhielt im Juni pandemiebedingt eine weitere Verlängerungsfrist durch die Krisensteuerungsgruppe FATF (*Financial Action Task Force*), um internationale Empfehlungen im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung umzusetzen. Bis Oktober verbleibt Pakistan auf der grauen Liste. Der Vorsitz Chinas in der FATF endete mit dem Juni-Treffen. Zum 1. Juli ging die FATF-Präsidentschaft für die nächsten zwei Jahre an den Deutschen Dr. Marcus Pleyer.

Am 12. August wurden im Parlament sechs von acht geplanten FATF-bezogene Gesetzesvorhaben beschlossen: *Anti-Terrorism, Limited Liability Partnership, Companies, Control of Narcotic Substances, Islamabad Capital Territory Waqf Properties* und die *Islamabad Capital Territory Trust Bills*. Ausstehend waren das Anti-Geldwäschegesetz und die *Code of Criminal Procedure Bill*. Am 26. August wurden das Anti-Geldwäschegesetz und die *Waqf Properties Bill* vom Senat abgelehnt. Die PML-N-Opposition (*Pakistan Muslim League (N)*) kritisierte am Anti-Geldwäschegesetz, dass Imran Khan damit zu Adolf Hitler und Pakistan zu einem FATF- Faschistenstaat würde.

Islamisierung

Ende Juni bezeichnete Premier Imran Khan Osama bin Laden als Märtyrer und löste damit eine Welle von Verwunderung aus. Weniger kritisch wurden seine Glückwünsche zur Umgestaltung der Hagia Sophia zur Moschee an Erdogan kommentiert. Millionen Pakistaner/-innen feierten die Einweihung der Moschee live im pakistanischen Fernsehen.

Mitte Juli wurden erste Textbücher der Grundschulstufen für den neuen, ab 2021 landesweit einheitlichen Lehrplan öffentlich. Der Kernphysiker und Aktivist Pervez Hoodbhoy zeigte sich schockiert von der Vielzahl religiösen Materials und schlussfolgerte, dass nun alle Schulen faktisch zu Koranschulen würden. Seiner Einschätzung nach greife Imran Khans Schulbuchreform rigider ein als die von Zia ul-Haq in den 1970er- und 1980er-Jahren.

Die Provinz Pandschab erließ am 22. Juli ein neues Gesetz mit dem Titel *Tahafuzz-e Bunyad-e Islam Bill* (Schutzgesetz für die Fundamente des Islam), das die schriftliche Beleidigung eines Propheten oder eines der vier heiligen Bücher mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe kriminalisiert. Nach jeder Erwähnung von Muhammad muss nach diesem Gesetz nun zwingend die Formulierung „Siegel der Propheten“ angefügt werden. Frauenorganisationen und ein Minister kritisierten das Gesetz als extremistisches Zensurgesetz. Der (Bundes-) Minister für Wissenschaft und Technologie Fawad Chaudhry kritisierte, der Islam in Pakistan sei nicht bedroht durch TikTok oder Bücher, sondern durch Extremismus. Verlage müssen einem DGPR (*Director General Public Relations* der Provinzregierung Pandschab) nun vier Exemplare von allen neuen Publikationen zur Durchsicht überreichen.

Pakistan verfügt bereits seit langem über die schärfsten Blasphemie- und Hassredegesetze.

Am 4. September demonstrierten Zehntausende Pakistaner in zahlreichen Städten gegen den Nachdruck der Muhammad-Karikaturen in Frankreich. Sie forderten die Ermordung der Zeichner und riefen zu einem Boykott französischer Produkte auf. Die Proteste wurden von der radikalislamischen *Barelwi*-Partei TLP (*Tehrik e Labaik Pakistan*) organisiert. TLP-Anführer kritisierten die Veröffentlichung als Terrorismus. Pakistans Außenminister verurteilte die Wiederveröffentlichung der 2006 erstmals publizierten Karikaturen ebenfalls und berief Frankreichs Botschafter ein.

Entsetzt äußerte sich Imran Khan zur Anerkennung Israels durch die VAE. Pakistan könne Israel erst anerkennen, wenn es die Tyrannei beende und die Palästinenser befreie.

Nawaz Sharif

Imran Khan bezeichnete die Entscheidung, den ehemaligen Premierminister Nawaz Sharif (70) für medizinische Behandlungen nach London gehen zu lassen, als Fehler, nachdem in sozialen Netzwerken wiederholt Fotos von ihm in Londoner Restaurants auftauchten. Nawaz Sharif wurde vom Gericht nun eine Frist bis zum 10. September eingeräumt, um nach Pakistan zurückzukehren und seinen Prozess wegen Korruption fortzusetzen. Das saudische Königshaus soll sich bei Imran Khan für eine Exilentscheidung Sharifs stark gemacht haben.

Busunglück tötet 19 Sikhs

Bei einem Zusammenstoß eines Reisebusses mit Sikh-Pilgern mit einem Zug bei Sheikhpura kamen am 3. Juli 20 Menschen ums Leben, 19 Pilger und der Busfahrer.

Pakistanerin wird Vizepräsidentin bei Max Planck

Die 1971 in Karatschi geborene Molekularbiologin Asifa Akhtar wurde am 1. Juli zur ersten weiblichen Vizepräsidentin der Sektion Biologie und Medizin der Max-Planck-Gesellschaft gewählt. Sie forscht seit 2009 am Max-Planck-Institut für Immunbiologie und Epigenetik in Freiburg zur Chromosomenregulierung.